

Dipl.-Päd. Raimund Pousset, OStR

Handschuhsheimer Landstr. 73
D - 69121 Heidelberg
Tel.: 00-49-(0)6221/408080
Fax/AB: 00-49-(0)1212-6-11091946
E-Mail: pousset@web.de
<http://www.pousset.de>

Senatorin für Bildung und Wissenschaft
Frau
Renate Jürgens-Pieper
Rembertiring 8-12
D-28195 Bremen

renate.juergens-pieper@bildung.bremen.de

Heidelberg, Sonntag, 11. November 2007

Bitte und Aufruf im Fall Familie Neubronner

Guten Tag, Frau Senatorin,

gestatten Sie mir bitte eine offene Äußerung und eine direkte Ansprache im Fall der Familie Neubronner, bei der Ihre Behörde zur Zeit Zwangsgeld eintreibt und den Eltern mit Erzwingungshaft droht. Ich möchte hier nicht weiter auf die Begründung für die Umwandlung der Schulbesuchspflicht (Schulzwang) in Bildungspflicht eingehen, da ich in meinem Buch „Schafft die Schulpflicht ab!“ (Eichborn-Verlag, 2000) alle Argumente veröffentlicht habe und diese im Übrigen ja durch die juristischen Schriftsätze, verschiedene andere Veröffentlichungen und vielleicht auch durch das jüngste Rechtsgutachten von Goldbecher Ihnen bzw. Ihrem Haus bekannt gemacht worden sind. Sehr gut zusammengefasst haben die Argumentation für eine Bildungspflicht der Journalist Dr. Rainer Hank in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ am 4.11.2007¹, die freie Journalistin Birgitta vom Lehn im „Tagesspiegel“ am 20.4.2007² oder die Journalistin Alexandra Vinocur am 17.9.2007 in FO-CUS-TV („Wenn Eltern zu Lehrern werden“).

Ich möchte dagegen dringend an Ihr bürgerrechtliches Feinempfinden appellieren und Sie bitten, Ihre ausschließlich legalistische Vorgehensweise zu überdenken und zugunsten einer familiengerechten und pragmatischen Lösung aufzugeben, die den unwürdigen „Skandal der Kriminalisierung“ (Ladenthin) von äußerst bildungswilligen Eltern und Citoyens, von denen ich mir mehr in unserer Gesellschaft wünsche, beendet.

Ist es nicht zutiefst beschämend, dass durch eine rechtspositivistische (legalistische) Haltung nach über 200 (!) deutschen Familien erneut Eltern und ihre Kinder ins Ausland getrieben werden, wo sie bereitwillig Bildungsasyl finden? Auch dort leben sie durchaus nicht in Parallelgesellschaften oder verkommen asozial. Es ist Ihnen vermutlich bekannt, dass sogar der österreichische Bundeskanzler kürzlich einer deutschen homeschooling-willigen Familie anbot, sie in Österreich aufzunehmen und ihr behindertes Kind vom Staat finanziell unterstützen zu lassen. Ich weiß nicht, warum es Sie nicht sehr nachdenklich macht, dass auch andere Länder, die formal sogar noch die Schulpflicht in Verfassungen bzw. Schulgesetzen haben, wie etwa die Niederlande, eine pragmatische Lösung finden können, wo nicht einmal ein neues Gesetz geschaffen werden musste. Warum macht es Sie auch nicht nachdenklich, dass Deutschland durch seinen überholten Schulzwang völlig isoliert dasteht? Dass viele empirische Untersuchungen den kognitiven und sozialen Erfolg von Homeschooling bestätigen und Homeschooler z.B. von vielen US-Universitäten umworben werden?

Gesellschaften, Politiker und Verwaltungsbeamte sind immer wieder in der Situation, dass sich Gesellschaft bewegt und Verhalten, das heute noch strafbewehrt, morgen schon legal ist. Ich erinnere hier nur an §175, §218 oder den Kuppelparagraphen, unter dem alle in unserer Altersgruppe

¹ http://www.faz.net/s/RubEC1ACFE1EE274C81BCD3621EF555C83C/Doc-E75FAF98FBA77491AAB56B11A51925A8B-ATpl-Ecomon-Scontent.html?rss_googlefeed

² <http://www.tagesspiegel.de/meinung/Kommentare;art141,2141886>

noch standen, und dadurch einige - so wie ich (und Sie vielleicht auch!?) - gezwungen waren, Liebesabenteurer heimlich ins Hotel zu schleusen. Ich verstehe ebenfalls nicht, warum Sie nicht spüren, dass angesichts der Tatsachen und Entwicklungen in und außerhalb des Landes, der aus dem Nazischulgesetz von 1938 stammende Schulzwang abgelöst werden wird. Ich jedenfalls kann beobachten, wie sich seit der Veröffentlichung meines Buches, als die Forderung nach Bildungspflicht bei vielen Interviews in den Medien und der Öffentlichkeit noch eine „Lachnummer“ war, vermehrt nachdenkliche Befürworter finden. Prof. Dr. Edmund Funke (PH Heidelberg) war dabei der erste und Prof. Dr. Volker Ladenthin³ (Bonn) der augenblicklich und mir bekannte letzte beamtete Lehrstuhlinhaber. Auch weitsichtige Unternehmer wie der dm-Boss Götz Werner sprechen sich offen für Bildungspflicht und Schulalternativen wie Homeschooling aus. Weitere werden folgen. Und Prof. Dr. Issing (FU Berlin) hat schon vor Jahren im SPIEGEL lakonisch konstatiert: „Die Schulpflicht fällt bis 2020!“

So lange - meine ich - können wir aber nicht warten und immer wieder Menschen in extreme Drucksituationen, die Illegalität oder ins Ausland treiben. Angesichts von mindestens (!) 200.000 Kindern und Jugendlichen in Deutschland (aktuelle, pessimistische Schätzungen wie Bertelsmann gehen gar von 600.000 aus), die langfristig auf Trebe sind und deren Eltern ungerührt Kindergeld kassieren, meine ich, dass Sie auch einfach nicht die Verhältnismäßigkeit der Mittel beachten. Wie viele dieser Straßenkinder bzw. deren Eltern verfolgen Sie in Bremen mit der gleichen Härte wie die Neubronners oder aber mit einem übergroßen pädagogischen Engagement? Derzeit tolerieren erfreulicher Weise die Behörden in Deutschland immer noch die allermeisten der wohl über 500 Homeschool-Kinder, auch wenn gelegentlich Exempel statuiert werden wie in NRW, Bayern und leider auch jüngst im liberalen Baden-Württemberg, woraufhin Familien ihr Heimatland verlassen.

Ich möchte Sie deshalb - sowohl um die Kriminalisierung der Familie Neubronner zu beenden als auch konsequent für andere anerkannte Homeschooler eine tragfähige und juristisch abgestimmte Lösung zu finden - auffordern, Art 57, Abs. 2 BremSchulG in Anwendung zu bringen, wo es heißt: „Über die nur in besonderen Ausnahmefällen mögliche Befreiung von der Pflicht zum Besuch einer öffentlichen Schule oder einer staatlich genehmigten privaten Ersatzschule entscheidet die Schulaufsicht.“ Ermöglichen Sie dies auf dem Weg der Verordnung für einen Versuchszeitraum von z.B. fünf Jahren.

Stellen Sie Neubronners nicht schlechter als die Brüder Kaulitz von „Tokio Hotel“, deren Motiv von der Schulpflicht entbunden zu sein und über eine Fernschule zu lernen, sicher weniger ehrenwert ist, als das dieser Familie. Vertrauen Sie darauf, dass Neubronners Kindern nicht weniger sozial erzogen werden, als Schiffer-, Missionars- und Artisten-Kinder. In Dänemark gibt es seit 1854 keine Schulpflicht mehr. Ob das dazu geführt hat, dass während der Naziokkupation tausende Dänen nicht-legalistisch operierten und z.B. viele Juden heimlich nach Schweden übersetzten, weiß ich nicht. Aber es macht mich nachdenklich, besonders auch eingedenk der Standard-Ausrede z.B. von deutschen Richtern in Bezug auf die gleiche Zeit: „Es war geltendes Recht“. Recht, Rechtsverständnis und Gerechtigkeit sind sicher nicht immer deckungsgleich.

Dass der Gesetzgeber ein Recht konstatieren kann, auch freies Lernen zu kontrollieren, möchte ich nicht bestreiten. Anders als z.B. in England, wo sich Inspektoren lediglich um einen intakten Familienhaushalt kümmern, lassen sich verschiedene Kontrollmaßnahmen denken. Ich habe deswegen einen 7-Punkte-Katalog vorgelegt, der den gesamten Fragekomplex zu weitgehenden und beiderseitigen Zufriedenheit lösen kann. Wenn Sie ein Interesse daran haben, schicke ich Ihnen den Katalog gern zu. Ich bin auch bereit, Ihnen denselben persönlich gegenüber zu vertreten.

Die pädagogische Frage der Neubronners („Mit welchen Mitteln sollen wir unsere Kinder denn zwingen?“) haben Sie darüber hinaus m. W. bisher ins Leere laufen lassen. Als Pädagoge interessiert es mich natürlich auch, wie Sie im gleichen Fall persönlich mit Ihren Kindern umgehen würden und was Sie als höchste Dienstherrin der Bremischen Lehrerschaft für pädagogische Ratschläge parat haben.

Ich möchte Sie nun sehr bitten, eine bürgerrechtlich prekäre Situation im Sinne von Hans-Georg Gadamer zu „verstehen“ und auf Grund des Schulgesetzes die „nur in besonderen Ausnahmefällen mögliche“ pragmatische Lösung zu finden. Neubronners sind ein solcher besonderer Ausnahmefall! Setzen Sie sich an die Spitze der Bundesländer und einer politisch-pädagogischen Bewegung, die möglich macht, was nötig ist.

Verhindern Sie, dass das folgende Szenario wahr wird: 2015 ist die Bildungspflicht in allen Bundesländern längst eingeführt - nicht zuletzt auf Grund der Verpflichtungen aus der UN- und der EU-Menschenrechtscharta. Wir begegnen uns in einer Talkshow und Sie müssen mir sagen: „Ja, wissen

³ Interview in der WELT vom 23.3.2007 mit Birgitta vom Lehn:
http://www.welt.de/welt_print/article773744/Die_Kriminalisierung_der_Eltern_ist_ein_Skandal.html

Sie, 2007 haben wir das noch nicht gewusst!“ Und natürlich würde ich Ihnen antworten: „Natürlich haben sie es gewusst; nur haben Sie es nicht wissen wollen!“

Es gibt eine etwas antiquierte Floskel, mit der ich meine Bitte und meinen Aufruf an die nicht nur dem Gesetz, sondern dem Wohl der Kinder und dem Schutz der Familie verpflichtete Bildungssenatorin von Bremen beschließen möchte:

In der Hoffnung keine Fehlbitte getan zu haben grüßt Sie bestens aus Baden-Württemberg

Raimund Pousset